1831. Mit Königlicher Allerhöchster Bewilligung. No. 91.

Sonnabend den 12. Novbr.



Correspondent von und für Schlesien.

Im Verlage der Hof-Buchdruckerei zu Liegnitz. (Redakteur: C. D'oench.)

Inland.

Berlin, den 8. Novbr. Der Justiz-Commissarius Ottermann zu Insterburg, ist zum Notarius im Departement des Ober-Landesgerichts zu Insterburg ernannt worden.

Der Kaiserl. Oesterr. Kabinets-Kurier Beck ist von Wien hier angekommen.

Coblenz, den 2. Novbr. Ihro kaiserl. Hoh. die Großfürstin Helena von Rußland ist gestern Abend mit dem niederländ. Dampfschiffe „Stadt Nymwegen" hier angekommen und von Sr. Durchl. dem Herzoge von Nassau, der nebst seiner Durchl. Gemahlin bereits am Sonnabend unter dem Namen eines Grafen v. Königstein hier angelangt war, so wie von den hiesigen oberen Militairbehörden, empfangen worden. Die hohe Reisende übernachtete am Bord des Schiffes und setzte heute, nebst Ihren Durchl. dem Herzog und der Herzogin von Nassau, ihre Reise nach Bieberich fort.

Deutschland.

Aus Sachsen, den 5. November. Die k. sächs. Cholera-Commission hat sich veranlaßt gefunden, bedeutende Modifikationen in ihren Vorsichtsmaaßregeln eintreten zu lassen.

München, den 27. Oktober. In den gestrigen und heutigen Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten ist reichlicher Stoff zu Betrachtungen, zum Theil nicht sehr erfreulicher Art, angehäuft. Indem die Kammer ihren früher mit imposanter Mehrheit und nach reifer Berathung gefaßten Beschluß: „die vorgelegten Preßgesetz-Entwürfe nur unter der Modifikation, daß die Censur in 6 Monaten ganz aufhöre", fallen ließ, und dagegen der Kammer der Reichsräthe dahin beitrat, daß blos der Wunsch baldiger Aufhebung der Censur ausgesprochen werde, hat sie der Sache der Preßfreiheit nicht nur, sondern auch der Consequenz und dem Ansehn ihrer Beschlüsse unläugbar einen empfindlichen Stoß versetzt. Dadurch, daß die Kammer ferner das, allerdings in guter, versöhnender Absicht von ihrem zweiten Präsidenten vorgeschlagene, Auskunftsmittel sich aneignete, und die geltende Kraft des Censurgesetzes nur bis zum Schlusse des nächsten Landtags (also auf 3, vielleicht 4 Jahre) aussprach, ist das Nachtheilige jenes Beschlusses keinesweges gut gemacht. Die Kammer hat nun einmal die früher von ihr lebhaft bekämpfte, von der Regierung selbst „als die morsche Krücke einer gebrechlichen Regierung" bezeichnete Censur durch ihr Votum sanktionirt, und es dem Zufall überlassen, ob auf dem nächsten Landtage Regierung und Stände sich zur gänzlichen Aufhebung derselben vereinigen oder wol gar auf weitere 3, 6 und noch mehr Jahre ihr das Leben fristen werden. Sie hat sich ferner durch den Widerspruch der Kammer der Reichsräthe sogar be-

wegen lassen, von ihrer Modifikation wieder abzugehen, nach welcher die Kaution erst nach Aufhebung der Censur eintreten sollte. Unsere Journalisten werden also den Vortheil genießen, zwar über das Ausland ohne Censur nichts schreiben, dagegen aber eine Kaution stellen zu dürfen, und man wird behaupten, in Baiern existire Preßfreiheit! Zwar ist die Kammer in einigen Punkten ihrem früheren Beschlusse treu geblieben: so z. B. in der Herabsetzung der Kaution von 4000 Gulden auf 2000 Gulden, in der Ermäßigung einiger harten Strafbestimmungen (z. B. der Strafe für Majestätsbeleidigung von 6 auf 5 Jahre Arbeitshaus); da aber nur zu sehr zu fürchten ist, daß die Kammer der Reichsräthe hierin von ihrer Opposition nicht abgehe, so bleibt den Volksvertretern keine Alternative, als entweder eine weitere, ihre Würde vollends blosstellende Nachgiebigkeit, oder der Entschluß, das Gesetz ganz fallen zu lassen, in welchem Falle aber ihre früheren Concessionen ganz ohne Frucht verschwendet worden wären. Kommt aber auch das Gesetz zu Stande, so erhalten wir zwar unverkennbare Vortheile, als da sind: die legislative Feststellung der Censurfreiheit für innere Angelegenheiten des baierischen Staates, Aufhebung der polizeilichen Strafwillkühr, Einführung der Geschwornengerichte für Preßvergehen mit öffentlichem, mündlichem Prozeßverfahren, u. s. w., dagegen aber die Fortdauer der Censur mit Verschärfung durch Kautionen und strenge Strafen, somit nur eine halbe Preßfreiheit. Eine Regierung, welche die Censur für unzulänglich und nachtheilig erkennt, sie für die inneren Angelegenheiten aufhebt und gegen das Ausland beibehält, obgleich nach ihrer eigenen Erklärung keine völkerrechtliche Verpflichtung dazu vorhanden ist; zwei Kammern, die über den Nachtheil der Censur einhellig sich aussprechen, und dennoch, anstatt die Gelegenheit zu ihrer Beseitigung zu benutzen, zu ihrer Fortdauer auf eine unbestimmte Reihe von Jahren die Hand bieten, gewiß, ein solches Schauspiel hätte Deutschland von dem baierischen Landtage des Jahres 1831 nicht erwarten sollen! — Unter den Modifikationen der Kammer der Abgeordneten war ferner jene enthalten: „daß die Censur sich nur auf die deutschen Bundesstaaten außer Baiern erstrecken solle.“ Auch dies verwarf die Kammer der Reichsräthe, und sonach wird die Censur zu Gunsten aller auswärtigen Staaten geübt werden, die (wie der Entwurf sich ausdrückt) „gegen Baiern ein Gleiches beobachten.“ — Wer sieht nicht, daß hier von Seiten Baierns eine Art von Aufmunterungs-Prämie zur Beibehaltung der Censur dargeboten wird? Die badensche Regierung erklärt in ihrem neulich den Ständen vorgelegten Preßgesetz-Entwurf ausdrücklich, daß die Censur für Angelegenheiten der Bundesstaaten außer Baden (denn für innere Angelegenheiten fällt sie auch dort weg) nur so lange fortbestehen solle, als der Bundestags-Beschluß von 1819 noch in Kraft bleibt. In Baiern dagegen giebt die Regierung schon seit dem Jahre 1819 zu, daß die Bundestags-Beschlüsse vom 20. Sept. jenes Jahres den baierischen Staat nur insoweit binden, als sie mit seiner Verfassung in Einklang stehen; in der Kammer der Reichsräthe gaben noch neuerlich (wie die Abgeordneten v. Closen und Culmann — ohne Widerspruch vom Ministertische — versicherten) zwei Minister die Erklärung ab, daß die Bundes-Verhältnisse der Abschaffung der Censur nicht im Wege stehen; in der Kammer der Abgeordneten weiset derselbe Regierungsredner (Ministerialrath v. Abel), von welchem der Ausspruch: „die Censur ist die lahme Krücke einer gebrechlichen Regierung“ herrührt, in der Sitzung vom 27. Okt. schon die bloße Vermuthung, als habe überhaupt ein auswärtiger Einfluß auf die Abfassung der Preßgesetze eingewirkt, mit aller Energie des verletzten Nationalstolzes zurück; — und dennoch soll mittelst der angebotenen Reciprocität des Censurzwangs die Einführung der vollen Preßfreiheit in Baiern, gleichsam von dem Belieben der drei mächtigsten unter den nichtconstitutionellen Staaten (Oesterreichs, Rußlands und Preußens) abhängig gemacht werden! Denn man täusche sich nicht. Das neue Preßgesetz legt zwar die Censur als fakultativ in die Hände der Regierung, d. h. es giebt ihr die Ermächtigung, sie nach Umständen zu suspendiren, ja sogar ganz aufzuheben, und dies mag sogar auf den ersten Anblick als eine große Verbesserung des bisherigen Zustandes erscheinen, in welchem die Censur für auswärtige Verhältnisse verfassungsmäßig geboten war. Wenn man aber jetzt, bei Ertheilung der neuen Preßgesetzgebung, nicht den Muth hat, der Censur sogleich und unbedingt zu entsagen, wo doch nach eigenem Geständniß kein ernstliches Hinderniß im Wege steht, — wie darf dann erwartet werden, daß man sich später, unter vielleicht veränderten Verhältnissen, bereitwilliger dazu finden lasse? Und wenn nun vollends das Seuffert'sche Amendement, durch welches wenigstens die Censur auf die Dauer der nächsten Landtags-Periode beschränkt, und ihr Fortbestehen alsdann von weiterer Bewilligung der Stände abhängig gemacht wird, — in der Kammer der Reichsräthe nicht durchginge: welchen Gewinn würden dann alle Concessionen der zweiten Kammer, alle (schon oben aufgezählten) unverkennbaren Vortheile der neuen Preßgesetzgebung, neben der unbestimmten Fortdauer der Censur noch bieten können? Wir wiederholen, daß wir die gute Absicht Derjenigen, welche — wie Seuffert, Rudhart und Andere, die Ansicht bei der Mehrheit der Kammer durchsetzten, daß man etwas nachgeben müsse, um nicht das Ganze zu verlieren, — keineswegs verkennen, und am wenigsten in die Vorwürfe einstimmen möchten, mit welchen lei-

denschaftliche Exaltation diese bewährten Freunde verfassungsmäßiger Freiheit, und der Preßfreiheit insbesondere, zu kränken sucht. Möge nur ihre Nachgiebigkeit und Friedensliebe sich nicht in der Folge als unzeitige Schwäche erweisen! Möge wenigstens die Kammer an den neuesten, mit ihren früheren ohnehin so schmerzlich contrastirenden, Beschlüssen festhalten, und lieber das ganze Preßgesetz fallen lassen, als durch neue Concessionen sich vor der öffentlichen Meinung, wie in ihren eigenen Augen, einer moralischen Würde berauben! Besser noch, die Wohlthat der Preßfreiheit wird ohne Schuld seiner Vertreter dem Volke noch einige Zeit vorenthalten, als daß sie zur Halbheit, zur Inconsequenz, zu einer trügerischen, mit Fallstricken umgarnten, sogenannten Freiheit die Hand bieten. Möge vor Allem die düstere Ahnung Derjenigen nicht in Erfüllung gehen, die (wie v. Closen, Schwindel und Culmann) mit bangem Blick in die Zukunft die Besorgniß aussprachen: die schöne Gelegenheit, Baiern in den Augen des gesammten deutschen Vaterlandes auf eine hohe Stufe moralischen Ansehns zu erheben, sey auf viele Jahre hinaus aus den Händen gegeben worden! — Nicht das Privat-Interesse der Journalisten ist es allein, was die Sache der Preßfreiheit zur allgemeinen deutschen Volkssache stempelt: es ist jener wichtige Instinkt, mittelst dessen die erleuchteten Nationen Amerika's, Großbritanniens, Frankreichs und der Niederlande in der Freiheit der Presse das erste und sicherste Bollwerk ihrer freisinnigen Institutionen erblicken. Der Zeitpunkt ist näher als je, in welchem auch das constitutionelle Deutschland von dieser Ueberzeugung innig durchdrungen seyn muß.

Aus den Maingegenden, den 5. November. Die Weinlese ist in Rheinhessen nun allgemein vorüber, und obgleich man das neue Produkt noch nicht mit Bestimmtheit klassifiziren kann, weil hiezu der erste Abstich abgewartet werden muß, so ist man doch darüber einig, daß er den Jahrgang 1825 in Qualität erreichen werde; was die Quantität betrifft, so kann man nach praktischem Ueberschlag annehmen, daß es einen sogenannten Viertelsherbst gegeben habe.

In Fulda wurde, durch zwei Aufkäufer, ein großer Aufstand erregt, wobei denselben die Häuser niedergerissen wurden. Der eine war ein Korn-, der andere ein Kartoffel-Aufkäufer, welche beide in diesen Artikeln eine Theuerung verursachten.

Holland.

Aus dem Haag, den 2. November. Der Prinz Feldmarschall ist am 30. Oktbr. von seiner abermaligen Reise nach Grave wieder in Tilburg angekommen, und am 1. d. nach seinem neuen Hauptquartier in Herzogenbusch abgegangen, wo bereits Anstalten getroffen worden, ihn auf eine würdige Weise zu empfangen. Am 1. Novbr. wird auch der Prinz Wilhelm, der älteste Sohn des Prinzen von Oranien, die Reserve-Division reitender Artillerie, unter dem Major Romaer, auf der Croomvoortschen Haide in Augenschein nehmen und vor sich manoeuvriren lassen. Man sagt, daß der junge Prinz eine Zeitlang bei dem Heere bleiben werde. In Tilburg ist er täglich bei dem Exerciren der Grenadiere gegenwärtig gewesen. Bei der Verlegung des Hauptquartiers nach Tilburg, werden die verschiedenen Divisionen auch nach anderen Orten verlegt werden. Der Gen.-Lieut. v. Geen wird sein Hauptquartier nach Tilburg, und der Herzog von Weimar das seinige nach Boxtel verlegen. Am 30. Mittags ist das Detaschement Pioniere, welches in Terleiden lag, mit einer Anzahl Pontons in Herzogenbusch eingetroffen. Die 4 Corvetten, deren wir früher erwähnt haben, sind endlich am 29. von Vliessingen in See gegangen. In Vliessingen hatte sich das Gerücht verbreitet, daß die engl. Flotte unter Sir Edw. Codrington auf Vliessingen zu segele, doch war auch bereits die Nachricht eingetroffen, daß sie von dort wieder weggehalten habe. Die Batterien nach der Seeseite von Vliessingen waren ansehnlich verstärkt worden. Im 4. Bezirk von Seeland fürchtete man, daß das Land überschwemmt werden würde, indem der Wasserstand höher war, als man sich dessen seit langer Zeit erinnern konnte.

Amsterdam, den 2. November. Nachrichten aus Antwerpen vom 28. Okt. zufolge, haben daselbst noch keine Feindseligkeiten statt gefunden, und beide Theile scheinen Befehl erhalten zu haben, nur defensiv zu verfahren. Der Feind verstärkt sich indeß nördlich von Antwerpen unaufhörlich. Die beiderseitige Communication ist noch nicht gehemmt.

Belgien.

Brüssel, den 31. Oktober. Die belg. Zeitungen enthalten die Antwort der k. niederländ. Bevollmächtigten in London, Falck und van Zuylen van Nyvelt, auf den unter dem 24. Sept. ihnen überreichten Entwurf des Vertrages, mit dem beigefügten Wunsche, die Antwort hierauf spätestens bis zum 26. zu erhalten. Sie beziehen sich auf drei Punkte: die Grenzen, die Ausgleichung wegen Luxemburg, und auf die Schuldentheilung. Hinsichtlich der ersteren bemerken jene Herren, daß von einer willkührlichen Grenzbestimmung nicht die Rede seyn könne, sondern daß die alten Grenzen der österreichischen Niederlande angenommen werden müßten, wie sie durch die Kriege gegen Spanien und durch den westphälischen Frieden bestimmt worden wären. Hinsichtlich Luxemburg's sagen sie, daß der König in Abtretungen in dem Großherzogthum nur dann einwilligen könne, wenn er eine vollkommene Territorial-Entschädigung erhalte; und hinsichtlich der Schuld, daß es ein unbestreitbarer Grundsatz sey, dessen Anwendung vielen Irrthü-

mern verbeugen würde: „daß, bei der Trennung, die beiden Parteien das für sich behielten, was sie zu der Gemeinschaft zugebracht hätten, und daß sie in einem angemessenen Verhältniß (z. B. nach der Bevölkerung) die Schulden theilten, welche sie gemeinschaftlich contrahirt." Von der Theilung der Flotte tönne, nach dem obigen Grundsatze der Zubringung, nicht die Rede seyn. Was die letzten Artikel des Vertrages betreffe, so werde die Antwort Sr. Majestät ganz kurz seyn können: „Wer sich über das, in dem erwähnten Artikel berührte, Unglück beklage, möge sich nur an die unbesonnenen Leute halten, welche dies veranlaßt haben: Holland habe nichts gut zu machen."

Brüssel, den 1. November. Die hiesigen Zeitungen theilen jetzt das mehrerwähnte 50ste Protokoll mit, welches folgendermaßen lautet: „Auswärtiges Amt 24. Okt. 1831. Nachdem die Bevollmächtigten Oesterreichs, Frankreichs, Großbritanniens, Preußens und Rußlands versammelt waren, eröffnete der Bevollmächtigte Sr. Großbritannischen Maj. die Conferenz durch Mittheilung der beiliegenden Depesche des Sir Chs. Bagot, in Bezug auf die Unterredungen, welche zwischen diesem Botschafter und dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Sr. Maj. des Königs der Niederlande, in Betreff des durch die Bevollmächtigten der fünf Höfe ausgesprochenen Wunsches, daß die Feindseligkeiten zwischen Holland und Belgien am 25. nicht wieder beginnen möchten, statt gefunden hatten. Die Bevollmächtigten der fünf Höfe, berücksichtigend, daß aus den Mittheilungen Sir Chs. Bagot's hervorgehe, daß Se. Maj. der König der Niederlande durch seinen Minister der auswärtigen Angelegenheit hat erklären lassen: „„daß es den Mächten frei stände, sich gegen die Maaßregeln des Königs, wenn er dergleichen ergreifen sollte, zu bewaffnen; daß es ihnen gleicherweise frei stände, sich gegen sein Stillschweigen zu bewaffnen (de s'armer contre silence); daß der König nicht verpflichtet sey, sie, im voraus, von seinen Absichten bei dem Ablauf des Waffenstillstandes in Kenntniß zu setzen, und daß, selbst wenn er dazu verpflichtet wäre, in der gegenwärtigen Zeit viele Umstände eintreten könnten, welche die Absichten, von denen Se. Maj. Mittheilung gemacht hätte, ändern dürften;"" in Betracht, daß die Conferenz durch eine ihrer Noten vom 14. d. M. bereits angezeigt hat, daß sie sich dem Wiederbeginn der Feindseligkeiten durch alle ihr zu Gebote stehende Mittel widersetzen werde; in Betracht, daß die im Namen Sr. Maj. des Königs der Niederlande abgegebenen Erklärungen der Londoner Conferenz keine andere Wahl lassen, als der eben erwähnten Note gemäß zu handeln, und sich dann vorzubereiten, die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu verhindern, da sich Se. Maj. der König der Niederlande ausdrücklich das Recht vorbehalten hat, dieselben zu erneuern; in Betracht endlich, daß es zu den Befugnissen und Pflichten der Londoner Conferenz gehört, die zu diesem Zweck erforderlichen Maaßregeln zu treffen, sind die Bevollmächtigten der fünf Höfe übereingekommen: die Regierung Sr. Großbritannischen Maj. aufzufordern, unverzüglich eine Seemacht an den holländischen Küsten stationiren zu lassen, und dieser Seemacht den Befehl zu ertheilen, nicht einzuschreiten, so lange Se. Maj. der König der Niederlande sich der Feindseligkeiten gegen Belgien enthält: daß aber, wenn die Feindseligkeiten wieder aufgenommen würden, diese Macht die zweckmäßigsten Maaßregeln ergreifen möge, um so schnell als möglich ein vollkommenes Aufhören derselben herbeizuführen. Die Bevollmächtigten der fünf Höfe sind außerdem übereingekommen, daß, wenn diese Maaßregeln unzulänglich seyn sollten, die Conferenz alle diejenigen anordnen wird, welche zu demselben Zweck noch für nöthig erachtet werden sollten. Endlich ist beschlossen worden, daß das gegenwärtige Protokoll den Bevollmächtigten Sr. Maj. des Königs der Niederlande, so wie den Botschaften und bevollmächtigten Ministern der fünf Mächte im Haag, mitgetheilt werden soll. (gez.) Esterhazy; Wessemberg; Talleyrand; Palmerston; Bülow; Lieven; Matusczéwicz."

Die Emancipation will, einer aus London unter dem 27. v. M. eingegangenen Depesche gemäß, wissen, daß Belgien, sobald es den Friedens-Traktat angenommen, unverzüglich von den Mächten werde anerkannt werden, Holland möge nun den Traktat angenommen haben oder nicht.

Lüttich, den 1. November. Die Antwerpener Handelskammer, welche von der Regierung über die 24 Artikel befragt worden, hat einstimmig erklärt, daß man sie annehmen müsse. In Antwerpen ist, in Folge der Erklärung der Stadt in den Belagerungsstand, auch die Sicherheits-Commission der Stadt wieder in Thätigkeit gesetzt worden.

Lüttich, den 3. November. Die Kammer der Repräsentanten hat in der öffentlichen Sitzung am 1. Nov. die 24 Artikel mit 59 Stimmen gegen 38 angenommen. Die Herren Nothomb und Rouppe stimmten nicht mit. Die öffentlichen Tribünen waren nichts weniger als voll. Hr. Pirson, der durchaus reden wollte, um seine Abstimmung (dagegen) zu rechtfertigen, kam, wie es scheint, nicht zu Worte. Die Sitzung war sehr stürmisch und wurde von dem Präsidenten 2 Stunden lang aufgehoben.

(Journal d'Anvers.) An der Schelde hin sind beinahe 300 Kanonen aufgestellt. Die Kanoniere stehen mit brennenden Lunten bei ihren Stücken. — Nachrichten aus Ostende vom 31. Oktober zufolge, war der engl. Lugger Po, Capit. Barber, von Deal kommend, am Morgen dort eingelaufen, und hatte

Depeschen an den belg. Minister des Auswärtigen mitgebracht. Er hatte ausgesagt, daß ein englisches Geschwader von 15 Schiffen aller Größe am 30. um halb 9 Uhr Nachmittags von Deal abgegangen und daß es nach der Schelde bestimmt sey.

Oesterreich.

Wien, den 2. November. (Schles. Ztg.) Durch Allerhöchste Entschließung ist der Gen. der Kavallerie, Commandirender in Slavonien, Frhr. v. Siegenthal, zum Vicepräsidenten des k. k. Hofkriegsraths ernannt worden. — In unserer Armee treten immer mehr große Ersparniß bezweckende Verfügungen in Wirksamkeit. Während von den Linientruppen beinahe die Hälfte beurlaubt wird, hat ein großer Theil der Kavallerie Befehl znm Rückmarsch nach Ungarn erhalten, wohin auch die für Artillerie und Fuhrwesen aufgekauften Pferde gebracht werden, um ihre Verpflegung den Winter über zu erleichtern. Selbst aus Italien, wo allerdings die Unterhaltung der Pferde besonders kostspielig ist, sind einige Kavallerie-Regimenter zurückbeordert. — Die Furcht vor der Cholera ist hier beinahe ganz verschwunden und viele Personen, welche sich durch dieselbe zur Flucht bewegen ließen, kehren nach und nach zurück. Auch die fremden Gesandten, welche abgesonderte Wohnungen in der Nähe von Schönbrunn bezogen hatten, und seit dem Erscheinen der Seuche nie in die Stadt kamen, wagen es nun dann und wann, ihre Stadtwohnungen zu besuchen. Se. Maj. der Kaiser hat vorläufig beschlossen, am 5. Nov. die k. k. Hofburg zu beziehen; einige Familienglieder des Kaiserhauses erwartet man noch im Laufe dieses Monats. — Seit einiger Zeit, sagt die Allg. Zeitg., geht hier ein unverbürgtes Gerücht, nach welchem Se. Maj. der jüngere König von Ungarn im künftigen Jahre auch zum Könige von Böhmen gekrönt, und deshalb die böhmischen Stände nach Prag einberufen werden sollten.

In allen kaiserl. Münzstätten herrscht große Thätigkeit in Prägung goldener und silberner Münzen. Aus England soll ein starker Transport von Goldbarren und Silberstangen eingetroffen seyn.

Frankreich.

Paris, den 29. Oktober. Der berühmte Goldschmied Odiot hat dem Könige das für den Großsultan Mahmud II. angefertigte Service von 100 Couverts vorgezeigt. Es sind 100 Arbeiter 9 Monate lang damit beschäftigt gewesen.

Der Dey von Algier ist am 22. durch Mâcon gekommen. Eine große Menge Neugieriger hatte sich unter den Fenstern des Hotels versammelt, und der Dey trat, um ihren Wünschen, ihn zu sehen, zu genügen, auf den Balcon hinaus. Er ist, nachdem er an die Armen der Stadt reichliche Almosen ausgetheilt hatte, nach Lyon abgegangen.

Paris, den 30. Oktober. „Die heute eingegangenen Nachrichten,“ sagt der Temps, „melden, daß der König von Holland die 24 Artikel definitiv angenommen habe. Das Protokoll Nr. 50. vom 24. Okt., worin die Conferenz ihren unveränderlichen Willen ausgesprochen, den Frieden zu erhalten, hat dem Könige Wilhelm die Gefahr und selbst die Unmöglichkeit einer abschläglichen Antwort bewiesen. Dieser letzte Akt der Bevollmächtigten bestätigt alle unsere Hoffnungen. Wir sehen darin, von Seiten der großen Mächte, die bestimmte Absicht, alle, dem Frieden zuwiderlaufenden, Versuche zu vereiteln.“

Die Gazette ist nunmehr binnen 8 Tagen 4 mal in Beschlag genommen worden. Das gestrige Blatt der Carricature ist in Beschlag genommen worden.

Paris, den 31. Oktober. Heute um halb 2 Uhr ritt der König, von Don Pedro, dem Kriegsminister und dem General Pajol begleitet, hinaus, um die Festungsarbeiten des Montmartre und der Umgegend in Augenschein zu nehmen. Ein Detaschement der Nationalgarde zu Pferde ritt vorauf und ein Detaschement Husaren folgte.

Die Herren v. Mortemart und v. Flahaut werden sehr bald sich nach ihren Bestimmungs-Orten, jener nach St. Petersburg, dieser nach Berlin begeben.

Es scheint sich zu bestätigen, daß das Hauptquartier der Nord-Armee nach Douai werde verlegt werden. In Valenciennes ist eine Kürassier-Brigade (des 5. und 8. Regiments) von Cambrai und Arras angekommen. Auf der ganzen Linie haben die Truppen Befehl, sich zum Abmarsch bereit zu halten; doch scheint bis jetzt nur von einer Concentrirung die Rede zu seyn. Patronen sind noch nicht vertheilt worden. In Folge der Concentration würden das 5. Linien- und 20. leichte Regiment ganz nach Valenciennes kommen, mit Ausnahme von 4 Compagnien, die in Sebourg, Rombies und Etreux stehen. Die übrigen Truppen der 1. Division sind zwischen Valenciennes, Condé und Quievrain concentrirt, so daß keine Compagnie hinter Valenciennes steht. Die Division Hulot, welche in St. Amand steht, sollte nach Condé kommen, dagegen die des Gen. Dejean, die in Vervins steht, in die Umgegend von Maubeuge.

Man spricht von einem Antrage bei der Deputirtenkammer, welcher sich auf die Naturalisation der Polen, die in Frankreich eine Zuflucht suchen, beziehen soll. Eine Verfügung aus dem J. X. (1802) und ein Gesetz vom Oktober 1814, gestatten der Regierung, Naturalisations-Patente, für Frankreich erwiesene Dienste, ohne Bedingung der Aufenthalts-Jahre, zu bewilligen. In der polnischen Armee befindet sich eine große Menge Offiziere, welche früher in dem französischen Heere gedient haben.

Nachrichten aus Cahors vom 23. zufolge, brannten seit 4 Stunden die Papiere und Meubles der Di-

rektion der droits réunis: die Stadt war in der größten Bestürzung. Man hört überall den Ruf: „Fort mit dem Ministerium!" Am 21. hatte man bekannt machen lassen, daß die Steuerbeamten in die Häuser kommen würden, um die Listen aufzunehmen: am 23. Abends erwiederten die Bewohner von Labarre und Bodemes und der Vorstadt St. Georges diesen Aufruf durch Feuer.

In einigen Ortschaften der Bezirke von Buzancy und Attigny (Ardennen) hat sich die sporad. Cholera gezeigt, eben so in Maziéres und Charleville.

Polen.

Warschau, den 2. November. Se. Durchl. der General-Feldmarschall Fürst von Warschau hat einen Tagesbefehl an die russ. Armee erlassen, worin er einen Tagesbefehl Sr. Maj. des Kaisers mittheilt. In demselben wird die Tapferkeit des russ. Heeres gepriesen und unter Anderem gesagt, daß die besiegten Polen die russ. Siege segneten. — Dem bei dem Ausbruch der poln. Revolution aus Warschau nach Petersburg entflohenen poln. General Roznicki ist von Sr. Maj. dem Kaiser der Alexander-Newski-Orden in Diamanten, zur Belohnung seiner Treue, verliehen worden. Bekanntlich bezeichnete die poln. Regierung den Gen. Roznicki als Verräther seines Vaterlandes und hing sein Bildniß am Galgen auf. — Der Präsident der provisor. Regierung des Königreichs Polen hat nachstehendes Umlauf-Schreiben an die Militair-Chefs der Wojewodschaften ergehen lassen: „Der Generalstabs-Chef der aktiven Armee hat mir unter dem 16. (28.) Okt. den Bericht des Gen.-Lieut. Kaissároff vom 8. und 11. (20. und 23.) desselben Monats mitgetheilt, daß die Festung Zamosc sich ergeben habe und von den Truppen Sr. k. k. Maj. besetzt worden sey; die Garnison dieser Festung, welche über 4000 Mann betrug, gegen 1000 Kranke und Schwache nicht mitgerechnet, wird, in Folge allgemeiner Verfügungen, nach Einlösung von Billets, in ihre Heimath entlassen. Ich halte es für meine Pflicht, die Herren Generale, als Militair-Chefs der Wojewodschaften, hievon zu benachrichtigen, damit sie den Wojewodschafts-Commissionen davon Mittheilung machen und sowohl ihrerseits, als Seitens dieser Commissionen, die nöthigen Verfügungen treffen können." — Dem Warschauer Kurier zufolge, melden Briefe aus Gallizien, daß sich das Gerücht von dem Ableben der Fürstin Czartoryska nicht bestätigt habe.

Rußland.

St. Petersburg, den 29. Oktober. Se. Maj. der Kaiser ist am 23. d. M. Abends um 11 Uhr im Palaste des Kreml zu Moskau, in hohem Wohlseyn, eingetroffen.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Von den polnischen Offizieren, welche an der preußischen Grenze Aufnahme gefunden haben, gehen sehr viele nach Frankreich, jedoch werden denselben die Pässe nicht über Berlin visirt. Von den ausgetretenen Edelleuten des Großherzogthums Posen haben mehrere versucht, wieder in ihr verlassenes Eigenthum zurückzukehren, sie sind jedoch über die Grenze zurückgewiesen worden. — Die Bürgerschaft von Berlin hat in einer unterthänigsten Darstellung Se. Maj. den König um Aufhebung der fünftägigen Kontumaz und anderer, durch die Immediat-Commission veranlaßten, Beeinträchtigungen des freien Verkehrs gebeten. Se. Maj. hat über die geführten Beschwerden die nöthigen Gutachten eingefordert, und da dieselben zu Gunsten der Bittsteller ausgefallen, wird jede Kontumaz und alles Desinfiziren aufhören.

Polen. Es sind sehr viele Verhaftungen in Warschau vorgefallen. Unter den im Gefängniß befindlichen Personen nennt man Thomas Lubienski. — Der bekannte Anton Rostworowski, der zu Lublin von dem Dwernicki'schen Corps beinahe gefangen genommen und von der poln. Regierung zum Tode verurtheilt worden, ist zum Präsidenten des Palatinats Lublin ernannt. — Die poln. Armee wird künftig aus 8 Kavallerie- und 8 Infanterie-Regimentern, mit 24 Geschützen, bestehen. Sobald sie vollständig organisirt ist, wird sie nach den Thälern des Kaukasus marschiren, um die erste Vertheidigungs-Linie des russ. Reiches gegen Persien zu bilden.

Wien, den 29. Oktober. Man sagt, daß sich der polnische General Dwernicki in Wien befinde und Hoffnung habe, in der österreichischen Armee Dienste zu erhalten. In diesem Falle würde er um einen Grad zurück dienen müssen, wie es bei vielen Offizieren gebräuchlich ist, die aus fremden Diensten in österreichische übertreten. Da der Kaiser Nikolaus dem Remorino'schen Corps den Aufenthalt in Polen und Rußland untersagt hat, so dürfte eine große Anzahl Soldaten sich für den österreichischen Kriegsdienst entscheiden. — Der russische Botschafter, Ritter v. Tatitscheff, hatte nebst seiner Gemahlin einen der heftigsten Cholera-Anfälle, welcher durch einen Austernschmauß veranlaßt worden seyn soll. Beide wurden jedoch durch die Bemühung eines unserer berühmtesten Aerzte gerettet und befinden sich bereits auf dem Wege der Genesung.

Brüssel, den 28. Oktober. Der Gen. Remorino ist nebst einigen polnischen Offizieren hier angekommen, und hat mit seinen Begleitern der Congreß-Sitzung, in welcher die 24 Artikel vorgelesen wurden, beigewohnt.

Vermischte Nachrichten.

Ein Schreiben aus Danzig sagt: „Höchst wahrscheinlich ist es in den ersten Tagen des Oktober dem General Uminski von hier aus gelungen, sich unerkannt nach England einzuschiffen. Mit einem engl.

Schiffs-Capitain scheint die Sache verabredet gewesen zu seyn, indem dieser Mann, ganz gegen die Manier der Schiffer, nachdem er völlig segelfertig und der Wind zur selben Zeit noch dazu günstig war, hier mehrere Tage verweilte, bis endlich der Fremde, in welchem man den General vermuthet, unter einem andern polnischen Namen, in Gesellschaft eines sehr bekannten, wenige Meilen von Danzig seßhaften, Edelmanns von polnischer Abkunft, hier erschien. Da nun wenigstens die Hälfte unseres westpreuß. Adels aus Polen besteht, und es hier fortwährend von polnischen Gestalten wimmelt, so hatte die Erscheinung des Generals durchaus nichts Auffallendes, und es glückte ihm selbst, da er mit gehörigem Passe versehen war, die Visirung desselben durch die Polizei-Behörde zu erlangen, und sich darauf ganz öffentlich auf das ihn erwartende Schiff zu begeben, welches sofort unter Segel ging. Sehr bald darauf kamen den General verfolgende Steckbriefe hier an; er war jedoch schon über alle — Wellen (denn Berge kann ich hiebei doch nicht sagen), so daß das ihm nachsetzende Boot das engl. Schiff nicht mehr einholen konnte."

Aus Frankfurt a. d. O. wird unter dem 4. d. M. geschrieben: „Obgleich die hiesige Messe nur eben erst im Anfange begriffen ist, so verspricht sie doch für alle Verkäufer, welche hierher gekommen sind, recht sehr gut auszufallen. Wollene Zeuge, so wie Wollen-Waaren überhaupt, finden ganz außerordentlichen Abgang und sind zum Theil schon vergriffen. Seidene und baumwollene Waaren sind ebenfalls sehr gesucht, und an Kurzen-Waaren fehlt es fast gänzlich, da viele Verkäufer mit diesem Artikel ausgeblieben sind. Diejenigen, welche sich auf dem Platze befinden, machen natürlich sehr gute Geschäfte. Viele Einkäufer sind bereits hier, und stündlich treffen noch mehr ein; nur ist zu befürchten, daß diejenigen, welche spät hierher gekommen, ihre Befriedigung nicht finden werden, es wäre denn, daß, wie man hofft, noch Verkäufer sich entschließen werden, eilig hierher zu kommen, oder doch wenigstens Waaren zum Verkauf hierher zu senden."

Die Hamburger neue Zeitung meldet, in Mecklenburg sey ein 2 Meilen langer Zug von Heuschrecken erschienen (?).

Cholera.

Berlin. In hiesiger Residenz sind bis zum 7. Novbr. Mittags Summa 2044 erkrankt, 661 genesen, 1292 gestorben, Bestand 91. Unter obiger Summe sind vom Militair erkrankt 30, genesen 12, gestorben 14, Bestand 4.

Breslau. Bis zum 8. Novbr. Mittags 11 Uhr waren hier an der Cholera erkrankt 1038 Personen; hiervon starben 545, genasen 296, sind noch krank 197. Darunter befinden sich vom Militair erkrankt 31, genesen 11, gestorben 11, Bestand 9.

Verbindungs-Anzeige.

Die heute erfolgte eheliche Verbindung unserer jüngsten Tochter Pauline, mit dem Herrn von Gellhorn, Erbherrn auf Musternick, beehren wir uns, unseren Verwandten und Freunden hierdurch ganz ergebenst bekannt zu machen.

Liegnitz, den 10. November 1831.

Der Geheime Regierungs-Rath v. Colomb.
Die Geheime Regierungs-Räthin v. Colomb, geb. v. Unruh.

Oeffentlicher Dank.

Wenn man bei den so verschiedenen Meinungen und Behauptungen, selbst der erfahrensten Aerzte, über die Fortpflanzung der Cholera, es doch als ausgemacht annehmen möchte, daß diese Krankheit sich nur durch Ansteckung fortpflanzt — so zweifelhaft dies auch bleibt —, so lehrt uns doch die Erfahrung, daß eine völlige Sperrung eines Landes, oder auch nur eines Orts gegen alle und jede Gemeinschaft mit anderen angesteckten Ländern und Ortschaften, in der Ausführung durchaus rein unmöglich ist. Unter solchen Umständen sollte man sich billig der Hoffnung hingeben dürfen, daß Behörden und Kommunen nur irgend beträchtlicher, von der Cholera noch nicht heimgesuchten Städte, gern darauf bedacht seyn würden, die nöthigen Fonds zu beschaffen, um aus ihrer Mitte wenigstens einen ihrer Aerzte zu einer Reise nach Gegenden, wo die Krankheit herrscht, zu veranlassen und gehörig auszustatten. Wer vermag den Gewinn eines solchen, in der Regel nicht bedeutenden, Opfers zu berechnen, wenn bei eintretender Gefahr sich in unserer Mitte ein denkender Arzt befindet, der nicht blos aus einer sich selbst gebildeten Theorie, nicht blos durch Schriften, sondern der durch eigene Ansicht, eigene Erfahrung, diese so räthselhafte Krankheit und deren Behandlungsweise erkannt hat! — Wo nun aber diese Hoffnung sich getäuscht sieht, wo in dieser Hinsicht von den Behörden und deren Kommunen nichts geschehen kann, wahrlich, da verdient es Anerkenntniß und heißen Dank, wenn ein kräftiger, geschickter, mit der Theorie dieser Krankheit und den Schriften darüber vertrauter Arzt, aus unserer Mitte furchtlos, aus eigenem Antriebe, und ohne alle Unterstützung, sich jetzt nach Breslau begeben hat, um durch eigenes Anschauen sich dort mit der Cholera bekannt zu machen und die mündlichen Mittheilungen der Aerzte zu vernehmen, — um so, wenn das Uebel auch uns erreichen sollte, alsdann seinen Mitbürgern desto nützlicher zu werden.

Diesen Dank unserem braven, eben so kenntnißreichen als uneigennützigen, Hrn. Dr. Schmieder, der sich zu dem oben angedeuteten Zweck nach Bres-

lau begeben hat, hierdurch öffentlich zu zollen, erscheint vielen seiner Mitbürger eine heilige Pflicht.

Liegnitz, den 9. November 1831.

N...., Namens seiner und vieler seiner Mitbürger.

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Bei der Liegnitz-Wohlauschen Fürstenthums-Landschaft

1) wird der diesjährige Weihnachts-Fürstenthumstag am 14. Dezember d. J. eröffnet, werden an diesem Tage zugleich die Deposital-Geschäfte besorgt werden,
2) sind zu der Einzahlung der Pfandbriefs-Zinsen für Weihnachten 1831
   der 21., 22. und 23 Dezember d. J.,
3) zu deren Auszahlung
   der 27., 28, 29., 30., 31. Dezember d. J., der 2., 3. Januar k. J. Vormittags von 8 Uhr bis Nachmittags 1 Uhr,
4) ist der 4. Januar k. J. Mittags 12 Uhr zum Kassen-Abschluß bestimmt.

Gedruckte Bogen zu Anfertigung der, bei Vorzeigung von mehr als zwei Pfandbriefen zur Zinsen-Erhebung, erforderlichen Verzeichnisse über dieselben, nebst diesfälliger Anweisung, werden vom 1. Dezember d. J. ab, in der hiesigen Landschafts-Kanzlei unentgeltlich verabreicht werden.

Liegnitz, den 10. November 1831.

Liegnitz-Wohlausche Landschafts-Direktion.
v. Johnston.

Avertissement betreffend die diesjährige Stadtverordneten-Wahl.

Die diesjährige Stadtverordneten-Wahl wird den 14. November a. c. statt finden. Der derselben vorausgehende Gottesdienst beginnt gedachten Tages Vormittags um 9 Uhr in der katholischen Kirche ad St. Johannem.

Sämmtliche stimmfähigen Bürger des 3ten, 4ten und 5ten Bezirks werden hierdurch eingeladen, sich unmittelbar nach dem Gottesdienst, und die des 8ten, 9ten und 11ten Bezirks an demselben Tage Nachmittags um 2 Uhr, auf dem Rathhause in den für sie bestimmten Wahlzimmern einzufinden. Im 1sten, 2ten, 6ten, 7ten und 10ten und 12/14ten Bezirk finden keine Wahlen statt. Unentschuldigtes Außenbleiben würde die in der Städte-Ordnung angedeuteten Nachtheile zur Folge haben.

Liegnitz, den 12. Oktober 1831.

Der Magistrat.

Abhanden gekommenes Gerichts-Amts-Siegel. Das „Mittel-Lobendauer Gerichts-Amts-Siegel" von Silber, auf welchem unter der aufgehenden Sonne die Göttin der Gerechtigkeit mit dem Schwert, der Waage und einem Schilde, worin der Buchstabe K, so wie die Umschrift „Mittel-Lobendauer Gerichtssiegel" eingestochen war, ist aus unserem Arbeits-Locale höchst wahrscheinlich entwendet worden und wird hiermit für ungültig erklärt. Zu Vermeidung von Mißbrauch wird dies zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Liegnitz, den 9. November 1831.

Das Gerichts-Amt von Mittel-Lobendau.
Grambsch, v. C.

☞ Marinirte, neue Heringe empfiehlt
Liegnitz, den 11. Nov. 1831. Seyberlich.

Dienstgesuch. Ein verheiratheter Kutscher, welcher die besten Atteste aufzuweisen hat, und blos wegen Abschaffung der Pferde außer Brod kommt, wünscht ein baldiges anderweites Unterkommen zu finden. Auskunft ertheilt die Zeitungs-Expedition.

Liegnitz, den 7. November 1831.

Geld-Cours von Breslau.

vom 9 November 1831.

		Pr. Courant. Briefe.	Geld.
Stück	Holl. Rand-Ducaten -	98	—
dito	Kaiserl. dito - - - -	97 1/4	—
100 Rt.	Friedrichsd'or - - - -	13 1/2	—
dito	Poln. Courant - - -	—	1 3/4
dito	Staats-Schuld-Scheine -	96	—
150 Fl.	Wiener 4pr. Ct. Obligations	85 1/2	—
dito	dito Einlösungs-Scheine	42 1/3	—
dito	Pfandbr. Schles. v. 1000 Rtl.	—	5 2/3
	dito Grossh. Posener	98 5/6	—
	dito Neue Warschauer	88 1/3	—
	Polnische Part. Obligat.	59 1/2	—
	Disconto - - - - - -	4	—

Marktpreise des Getreides zu Liegnitz,
den 11. November 1831.

d. Preuß. Schfl.	Höchst. Preis. Rthlr.	sgr.	pf.	Mittler Preis. Rthlr.	sgr.	pf.	Niedrigst. Pr. Rthlr.	sgr.	pf.
Weizen . .	1	28	9	1	27	2	1	24	9
Roggen . .	1	20	6	1	19	—	1	16	6
Gerste . . .	1	4	9	1	3	7	1	2	—
Hafer . . .	—	24	—	—	22	9	—	21	1

Die Fraction der Marktpreise des 4., 11. und 18. Novbr. giebt den Martini-Preis.